

-----  
Omnibus-Newsletter 100.000 Unterschriften bundesweite Volksabstimmung  
-----

Liebe Freundinnen und Freunde,  
sehr geehrte Damen und Herren,

gestern haben wir dem Bundestag 100.000 Unterschriften für die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung überreicht. Heute sind wir mit dem Omnibus in Potsdam vor dem Brandenburger Tor. Die Aktion und Unterschriftensammlung für die bundesweite Volksabstimmung geht weiter.

Anbei die Pressemitteilung von Mehr Demokratie e.V. vom 13. März 2003 zur Übergabe:

\*\*\*\* 100.000 fordern direkte Demokratie in Deutschland \*\*\*\*  
\*\*\*\* Parteien begrüßen Aktion, CDU will nur "erste Schritte" \*\*\*\*

Berlin, 13.03.03 - Am Reichstag steht ein sieben Meter hohes Grundgesetz, in das ein Pfeil mit der Aufschrift "Faire Volksentscheide" ragt. In einiger Entfernung parkt der weiße, doppelstöckige "Omnibus für direkte Demokratie". Seine Fracht: 100.000 Unterschriften von Bürgern, denen die bloße Zuschauerdemokratie nicht mehr reicht.

In einer Menschenkette reichen Aktivisten von Mehr Demokratie die Unterschriften, gebündelt in 600 an die Abgeordneten adressierten Umschlägen, zu dem Grundgesetz. Dort werden sie an Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer und Vertreter der Fraktionen übergeben. Ziel der Aktion ist die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen auf Bundesebene.

"Deutschland steht vor einschneidenden Veränderungen. Der Umbau des Sozialstaates, die Neuausrichtung der Bildungspolitik, die Schaffung einer EU-Verfassung - diese und andere Weichenstellungen werden nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Die Einführung der Volksabstimmung ist überfällig", erklärte Mehr Demokratie-Sprecher Gerald Häfner.

Wie Antje Vollmer begrüßten auch Josef Winkler (Grüne), Dieter Wiefelspütz (SPD) und Gisela Piltz (FDP) die Initiative für bundesweite Volksabstimmungen. Der Fraktionsvize der CDU-Fraktion, Wolfgang Bosbach sagte, er stehe der Einführung einer Volksinitiative offen gegenüber - dies wäre ein "erster Schritt in Richtung direkte Demokratie". Wenn SPD und Grüne wie geplant einen neuen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen, müsse man gemeinsam um eine Lösung "ringen". Volksentscheide lehnte Bosbach jedoch ab. (...)

80 Verbände unterstützen die Forderung nach bundesweiten Volksentscheiden. Unter ihnen der BUND, der Kinderschutzbund, die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, der Tierschutzbund, die Gesellschaft für bedrohte Völker und die Katholische Jugend Deutschlands.

Die Einführung der Volksabstimmung war zuletzt im Juni 2002 am Nein der Union gescheitert. Kanzler Schröder kündigte im Oktober einen neuen Anlauf von Rot-Grün an. CSU-Chef Stoiber forderte kürzlich eine Grundgesetzänderung, um ein Referendum über die EU-Verfassung zu ermöglichen. Damit ist Bewegung in die Union gekommen.

Weitere Informationen:  
Ralph Kampwirth, tel. 0173-6164585 (Pressesprecher Mehr Demokratie e.V.)

Mit herzlichen Grüßen,  
Thomas Mayer

-----  
Absender:  
-----

Thomas Mayer, Omnibus - gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie  
Öschstr. 24, D-87437 Kempten, Tel. 0831-5707689, Fax 0831-5859202  
Email info@omnibus.org, Homepage <http://www.omnibus.org>

Der Omnibus-Newsletter erscheint selten und unregelmäßig und informiert über einige interessante Neuigkeiten aus der Arbeit für die Verankerung der Volksabstimmung.

Die Omnibus gemeinnützige GmbH ist ein selbstverwaltetes, kulturelles Unternehmen und setzt sich seit 1987 für die Verwirklichung der Direkten Demokratie, d.h. der Volksabstimmung ein. Der Omnibus fährt von Ort zu Ort und ist in ganz Deutschland als rollende Heimat der Idee der Direkte Demokratie unterwegs. Neben den Aktionen für die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung startet und unterstützt der Omnibus Volksbegehren in den Bundesländern und kümmert sich um die Einführung von Regiogeld.